



PRESSEINFORMATION

Ihr Ansprechpartner

Stefan Schreiber

E-Mail

s.schreiber@dortmund.ihk.de

Telefon

0231 5417-289

Datum

27.06.2014

EEG-Reform stellt Eigenversorgung auf die Kippe

Die EEG-Reform lässt die Unternehmen nicht zur Ruhe kommen. Die nun diskutierten, zusätzlichen Einschnitte bei der Eigenversorgung mit Strom und Wärme träfe viele Unternehmen gerade in NRW schwer. IHK NRW, der Zusammenschluss der 16 nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern, lehnt diese Einschnitte entschieden ab.

Die kurzfristig eingebrachten Änderungen der EEG-Reform sehen eine zusätzliche Belastung von Neuanlagen zur Stromerzeugung mit 40 statt 15 Prozent der EEG-Umlage und die Ausweitung der Umlage für Bestandsanlagen vor. „Im Ergebnis könnte dies zum Stillstand bei Investitionen in die Eigenstromerzeugung in den nächsten zwei Jahren führen“, sagt Stefan Schreiber, IHK-Federführer Energie und Klimaschutz NRW. „Und das, obwohl die Eigenstromversorgung ein zentraler Baustein zur Erreichung der Ziele der Energiewende und der Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit im Land ist.“

Aus Sicht der Kommission stellt die EEG-Reform nur eine Zwischenlösung dar. Noch in dieser Legislaturperiode könnte eine Abkehr von der Finanzierung der erneuerbaren Energien durch eine Umlage erfolgen. Damit droht die weitere Belastung von Bestandsanlagen zur Eigenerzeugung. Die Forderung der Kommission, diese Unternehmen bis 2018 an das 100%-EEG-Umlageniveau heranzuführen, kann für viele mittelständische Unternehmen gravierende Auswirkungen haben. „Damit stünden künftig viele Projekte vor dem Aus. Das wäre ein großer energie- und umweltpolitischer Fehler“, macht Schreiber deutlich.

„Gerade NRW mit seinen Schwerpunkten in der Papier-, Stahl- und Chemieindustrie wäre von der Verschärfung der Regelungen zur Eigenversorgung besonders betroffen“, sagt Dr. Matthias Mainz, Geschäftsführer von IHK NRW. Allein in den drei Branchen sind derzeit über 225 000 Menschen beschäftigt. Wie die Umfragen der IHKs in NRW zeigen, sehen derzeit 60 Prozent der Industrieunternehmen in NRW das



Hauptrisiko für ihre Geschäftsentwicklung in den Energie- und Rohstoffkosten. Betroffen zeigen sich vor allem die Unternehmen in den industriellen Kernbranchen NRW. In der Metallindustrie sehen über 80 Prozent die Situation auf den Energie- und Rohstoffmärkten kritisch. In der chemischen und pharmazeutischen Industrie liegt der Anteil bei 75 Prozent. Vor allem die Produzenten von Vorleistungsgütern stehen angesichts des häufig hohen Energieeinsatzes unter Druck. Die kurzfristige Preisentwicklung wird dabei immer stärker von den grundsätzlichen Fragen um die Rahmenbedingungen auf dem Markt überlagert. „Vor allem in NRW mit der großen Anzahl energieerzeugender und energieintensiver Betriebe tragen die Debatten um die EEG-Reform und den Klimaschutzplan erheblich zur Unsicherheit der Unternehmen bei“, so Dr. Mainz.